

Die Gemeinde Wald im Appenzell ist weit voraus

"Tages-Anzeiger" vom 11.2.2004. Von David Schaffner

In dem ausserrhodischen Dorf dürfen Ausländer seit vier Jahren abstimmen und wählen. Im Gemeinderat politisierte auch ein ausländischer Vertreter.

Wald ist ein Appenzeller Dorf wie aus dem Reiseprospekt. Hoch oben in einer sanften Hügellandschaft gelegen, steht die Gemeinde inmitten verstreuter Bauernhöfe. Den Dorfkern bilden reich verzierte Holzhäuser mit kleinen Gärten, durch die überall Katzen streunen.

Doch hinter dieser ländlichen Fassade verbirgt sich eine der progressivsten Gemeinden der deutschen Schweiz. Am 12. Dezember 1999 war Wald das erste Dorf hier zu Lande, welches das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer eingeführt hat. Möglich wurde dies 1996 mit der Totalrevision der Ausserrhoder Kantonsverfassung. Diese erlaubt es den Gemeinden, das Wahl- und Stimmrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene einzuführen. Stimmberechtigt sind Ausländer, die bereits zehn Jahre in der Schweiz gelebt haben, fünf davon im Kanton. Neben Wald hat bis heute nur die Gemeinde Speicher das Ausländerstimmrecht eingeführt. In einem dritten Dorf, Trogen, hat die SP kürzlich eine entsprechende Initiative eingereicht.

Jeder vierte ist parteilos

Dass ausgerechnet der konservative Kanton Ausserrhoden das fakultative Ausländerstimmrecht kennt, hat vor allem einen Grund: Die nationalen Parteien sind in Ausserrhoden schlechter verwurzelt als anderswo. Jeder vierte Vertreter im Kantonsrat politisiert parteilos. Im Ausserrhoder Parlament werden daher Sachfragen neutraler angegangen als anderswo, auf parteistrategische Überlegungen wird wenig Rücksicht genommen. Bei der Debatte ums Ausländerstimmrecht Hessen sich die Vertreter nicht vom allenfalls latent ausländerfeindlichen Kurs ihrer nationalen Partei leiten.

"Die Verfassungskommission konnte unkonventionellen Ideen selbstständig nachgehen, ohne dass sie von einer Partei gebremst wurde", sagt Hans Jürg Schär, der während mehr als 30 Jahren Ratsschreiber des Kantons Ausserrhoden war und bei der Revision der Kantonsverfassung eine führende Rolle spielte. Die Kommission behandelte das Thema Ausländerstimmrecht, ohne dass es von einer Interessengruppe gefördert oder bekämpft worden wäre. Ein Kompromiss, das Ausländerstimmrecht nur auf kommunaler, nicht aber auf kantonaler Ebene zu gewähren, führte im Gremium zur Annahme.

Einige Kommissionsmitglieder befürchteten, dass die gesamte Revision wegen dieses einen Artikels an der Urne abgelehnt werden könnte. Trotzdem packte das Parlament das Ausländerstimmrecht in die Gesamtvorlage. "Hätten wir separat abgestimmt, wäre das Ausländerstimmrecht vielleicht wie 1993 in Zürich verworfen worden", meint Schär. Da jede Gemeinde später autonom über eine Einführung entscheiden konnte, war das Wahlrecht vor der Abstimmung über die Kantonsverfassung kein grosses Thema mehr. Vor Wald hatte das Volk in drei anderen Ausserrhoder Gemeinden das Ausländerstimmrecht jedoch klar abgelehnt.

Für die Waldner Gemeinderätin Monika Weibel ist es bereits eine Selbstverständlichkeit, dass ihre ausländischen Nachbarn an der Urne mitentscheiden. Wie zuvor im Kanton wurde das Ausländerstimmrecht in der Gemeinde im Zusammenhang mit einer Revision der Gemeindeverordnung eingeführt. Erleichtert habe den Entscheid zur Einführung wohl der niedrige Ausländeranteil, der in Wald unter 10 Prozent liegt, sowie die Tatsache, dass man im kleinen Dorf genau wusste, wer da allenfalls in Zukunft abstimmen würde, meint Weibel.

Unter der ausländischen Bevölkerung hat das Ausländerstimmrecht nicht zu euphorischen Reaktionen geführt. Nur gerade 10 von 45 Berechtigten haben sich bisher ins Stimmregister eintragen lassen. Es ist daher kaum erstaunlich, dass seit der Einführung des Stimmrechts keine Tendenz zu veränderten Wahl- und Abstimmungsresultaten aufgefallen ist.

Aktiv in die Politik eingetreten ist in Wald bisher nur ein einziger Ausländer - und dies eher aus Zufall. Der Holländer Max Schindler wurde nach dem Rücktritt eines Gemeinderats angefragt, ob er dessen Sitz übernehmen wolle. Im kleinen Dorf herrscht oft ein Mangel an Räten, sodass Kandidaten gesucht werden müssen. Ein glänzendes Ergebnis Schindler willigte ein und wurde während einer Legislatur durch eine stille Wahl eingesetzt und später bei den Erneuerungswahlen durch ein glänzendes Resultat bestätigt. Als Vorbild für die Emanzipation politisch interessierter Ausländer sieht sich der bis dahin einzige ausländische Gemeinderat, der sich allerdings vor kurzem hat einbürgern lassen, nicht. An den ideologischen Auseinandersetzungen der nationalen Parteien will er nicht teilnehmen, sein Radius beschränkt sich auf

das Dorf. "Hier geht es um einfache Sachfragen", meint Schindler. Er ist übrigens parteilos wie das gesamte Gremium in Wald.

Auf die Frage, ob die Waldner Gemeinderäte das Ausländerstimmrecht weiterempfehlen würden, kommt eine typisch appenzellische Antwort: "Jede Gemeinde soll selbst entscheiden können ", meint Monika Weibel. "Was hier passt, muss nicht überall stimmen."